

Wir haben bereits einmal geprüft, daß 100.000 Reisen im Jahr uns ca. 30 bis 35 Millionen Valutamark kosten würden. Selbst wenn dies ökonomisch nicht möglich sein wird, gehen wir bislang von einer schrittweisen Erweiterung aus. Zur Zeit nehmen wir aus dem NSW-Tourismus ca. 7 Millionen Valutamark ein und geben ca. 1,2 Millionen Valutamark aus. Ich schlage deshalb folgendes vor:

1. Der Zentralrat der FDJ und die zuständigen staatlichen Organe werden beauftragt, die ökonomischen und politischen Voraussetzungen zu prüfen, wie der Jugendtourismus in das kapitalistische Ausland erweitert werden kann. [...] Es bleibt dabei, daß solche Reisen ausschließlich auf Beschluß der FDJ-Leitungen vergeben werden (hohe Preise, aber kein öffentlicher Verkauf).
2. Sollte eine Einschränkung des Reiseverkehrs in Betracht gezogen werden, sehe ich vor allem folgende Probleme:
3. [...]
4. Eine Einschränkung oder Abschaffung des Jugendtourismus ohne gleichzeitige Einschränkung des privaten Reisens halte ich für unmöglich, weil dies die Jugend diskriminiert und sie noch mehr aufbringt, was der Gegner massiv nutzen wird. Außerdem führt dies zu starkem Vertrauensverlust Jugendlicher zu ihrem Jugendverband.
5. [...]
6. Da mittlerweile auch die Reisen nach Ungarn zur Flucht genutzt werden, muß entschieden werden, ob gegenüber Ungarn nicht neue Visabestimmungen geschaffen werden müssen (analog SFRJ). Unsere bisherigen öffentlichen Erklärungen zu diesem Thema werden jedoch dann als Argumente gegen uns verwandt. Zugleich bedeutet dies auch Einschränkungen des Reisens nach Bulgarien und Rumänien (Transit), da alle Bahnreisen durch Ungarn führen.
7. Jede Einschränkung des Jugendtourismus führt außerdem international zu riesigen Autoritätsverlusten der FDJ, was ihren Einfluß in der internationalen Jugendbewegung mindert. [...]“²²

7. Der „Kader“ im Herrschaftssystem der SED

Der Begriff „Reisekader“ gehört zu jenen Begriffen, die es in der offiziellen DDR-Sprache an sich nicht gab. Er findet sich zumindest nicht in den einschlägigen Nachschlagewerken. Weder in den verschiedenen Ausgaben von Meyers Lexikon, das vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig herausgegeben wurde, noch in den vom SED-Parteiverlag Dietz publizierten Nachschlagewerken findet sich dieses Stichwort. Selbst im DDR-Duden war das

²² SAPMO-BArch, ZPA, DY IV 2/2.039/243, Büro Krenz, Schreiben von Eberhard Aurich an Egon Krenz vom 17.9.1989, Bl. 1 ff.

Wort „Reisekader“ nicht verzeichnet. In den offiziellen Nachschlagewerken finden sich jedoch die Begriffe „Kader“, „Kaderarbeit“ und „Kaderpolitik.“ „Kader zeichnen sich vor allem aus durch: unbedingte Treue zur Arbeiterklasse, ihrer Partei und zum Marxismus-Leninismus sowie ihren konsequenten Kampf um die Erfüllung der Beschlüsse; Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus, Liebe zur sozialistischen Heimat, unerschütterliche Freundschaft mit der KPdSU und den Völkern der Sowjetunion und Treue zum proletarischen Internationalismus; fundiertes, anwendungsbereites Wissen, kompromißlosen Kampf gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie; Parteilichkeit, Sachkenntnis, Disziplin und Schöpferium, Bescheidenheit und Vorbildwirkung in der Arbeit und im persönlichen Leben, Entfaltung von Kritik und Selbstkritik...“, hieß es in der 1988 erschienenen siebenten vollständig überarbeiteten Auflage des Kleinen Politischen Wörterbuchs. Nach Stalin entschieden Kader alles. Das hieß, die richtige Kaderpolitik war die Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. In diesem Sinne waren für Entscheidungen in der Kaderarbeit und der Kaderpolitik prinzipiell die zuständigen Parteigremien der SED verantwortlich. Nur ein verschwindend geringer Teil der Kader war nicht Mitglied der herrschenden Partei. Die Nicht-SED-Mitglieder wurden allerdings ebenfalls nach Parteigesichtspunkten ausgewählt.

8. Dienstreisen ins sozialistische Ausland (SWS)

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, nur die Dienstreisen ins westliche Ausland hätten einer strengen Restriktion, Observation und Instrumentalisierung unterlegen. Für Reisen in die sozialistischen Länder galten strukturell die gleichen Normen und Mechanismen. Unterschiedlich war lediglich das Ausmaß und der Wirkungsgrad dieser komplexen Repressionstechniken. Auch dienstliche Reisen in sozialistische Länder – dies waren per definitionem die Mitgliedstaaten des RGW – waren grundsätzlich kein Recht, sondern eine Gnade der Obrigkeit, die gewährt und wieder entzogen werden konnte, ohne daß der Betroffene ein Recht hatte, über die Gründe auch nur informiert zu werden. Dienstreisen galten als Mittel der Belohnung für ideologisches und politisches Wohlverhalten; umgekehrt war die Streichung solcher Reisen ein probates Mittel der Bestrafung. Natürlich spielten auch fachliche und praktische Kriterien eine Rolle – dennoch war jede Entscheidung über eine Dienstreise im Selbstverständnis der Amtsinhaber und in der Reflexion der Umwelt auch eine „politische Entscheidung.“ Die Entscheidungsgewalt lag wesentlich bei den Gremien der SED. „Moralische Kriterien“ spielten ebenfalls eine Rolle. Dies bot bei der zwangsläufigen Verschwommenheit des Moralbegriffs eine geeignetes Mittel politischer Disziplinierung. Auch die Gefahr ideologischer Ansteckung wurde in den Überlegungen von Partei und MfS berücksichtigt. Die Krisenherde in der Welt des Realsozialismus waren in den Augen der SED immer auch ideologische Seuchenherde, von denen die Bürger der DDR nach Möglichkeit fernzuhalten waren.